Staatssekretär Marc Jan Eumann im Gespräch mit dem BJV-Vorstand

Es sei wichtig und unerlässlich "für die Demokratie, dass es einen unabhängigen Journalismus gibt", betont Marc Jan Eumann, Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien in der Düsseldorfer Landesregierung, in einem Gespräch mit dem Vorstand der Bonner Journalistenvereinigung (BJV) im Düsseldorfer Landtag, das durch Vermittlung der Bonner SPD-Landtagsabgeordneten Renate Hendricks zustande kam.

Der "Strukturwandel in der öffentlichen Kommunikation" gehe einher mit der "Erosion auf dem Lesermarkt" und gleichzeitig einer "Erosion auf dem Anzeigenmarkt"; Eumann hat dabei natürlich vor allem die regionalen Tageszeitungen im Blick, und deren Schwierigkeiten rücken die Frage in den Blick, ob die privatwirtschaftliche Organisation des Print-Journalismus' in Zukunft noch tragfähig sei und wie Qualitäts journalismus künftig finanziert werden könne.

Wenig hält Eumann von Überlegungen zu einem öffentlich-rechtlich organisierten Journalismus, der Staatssekretär favorisiert weiterhin eine privatwirtschaftliche Struktur. Allerdings räumt er ein, dass journalistisch orientierte Online-Medien noch kein tragfähiges ökonomisches Fundament gefunden hätten, gleichwohl spricht für ihn nichts dagegen, dass es auch weiterhin erfolgreichen "Nahbereichs-Journalismus" auf Papier geben werde.

Im Blick auf derzeitiges Unternehmer-Handeln etwa in Nordrhein-Westfalen versteht Eumann daher überhaupt nicht, wenn Verlage ihre Lokal- und Regionalzeitungen mit ausgedünnten Redaktionen und der Beschäftigung von Hobbyschreibern anstelle von hauptberuflichen freien Journalisten zu sichern suchten; eher erreichten sie das Gegenteil.

Bürgerinnen und Bürger müssten sich eingehend über politische, kommunalpolitische Vorgänge informieren können, um den demokratischen Prozess mitzugestalten. Dazu sei der Erhalt der Pressevielfalt zu sichern, die zum Beispiel im Ruhrgebiet, aber – so Eumann – auch im Köln-Bonner Raum durch Fusionen gefährdet sei; hier müssten weitere Überlegungen angestellt werden, die Pressefusionskontrolle zu verbessern.

Hajo Goertz